

Positionspapier GLEICHBERECHTIGUNG



Foto/Rob Beechey

Nachhaltigen gesellschaftlichen und politischen Wandel wird es nur geben, wenn Mädchen und junge Frauen es selbst in der Hand haben, die Welt um sie herum zu gestalten - für sich selbst aber auch für die ganze Gesellschaft. Wir von Plan International setzen uns dafür ein, dass Mädchen und Frauen gleichberechtigt, frei von geschlechterspezifischen Erwartungen und mit den gleichen Chancen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können.

Was ist das Problem?

Die Diskriminierung von Mädchen und Frauen nimmt viele verschiedene Formen an. Manchmal ist sie offensichtlich, wie beim ungleichen Zugang zu Bildung, Zwangsverheiratung und geschlechtsspezifischer Gewalt. Manchmal ist sie weniger sichtbar, wie beispielsweise bei ungleichen Karrierechancen. Alle diese Formen der Diskriminierung haben jedoch einen gemeinsamen Nenner: ungleiche Machtstrukturen.

Gewalt gegen Mädchen und Frauen

Auch heute noch sind Mädchen und Frauen vielfältigen Formen von Gewalt ausgesetzt. Das gilt für Städte genauso wie für den ländlichen Raum. Laut WHO erfahren etwa 35 Prozent, das heißt eine von drei Frauen weltweit, physische und/oder sexuelle Gewalt.¹ Es wird zudem geschätzt, dass weltweit mehr als 200 Millionen Mädchen und Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen sind.²

Früh- und Zwangsheirat

Heute leben weltweit mehr als 650 Millionen Mädchen und Frauen, die vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet wurden.³ In den meisten Fällen durften sie nicht selbst bestimmen, ob und wen sie heiraten. Das entscheiden die Väter oder andere männliche Familienmitglieder. Kinder- und Zwangsheirat werden oftmals durch kulturelle Traditionen gerechtfertigt. Aber auch Armut und Flucht spielen eine große Rolle. Oftmals werten Eltern frühe Heirat als einzige Option, die ökonomische Versorgung der Familie und den Schutz vor Gewalt und Ausbeutung sicherzustellen. Die mit frühen Heiraten verbundenen Risiken werden dabei oft ausgeblendet.

Fehlender Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte

Schätzungen zu Folge haben 214 Millionen Mädchen und Frauen keinen Zugang zu Angeboten der Familienplanung. Das hat fatale Folgen für ihre eigene sowie für die Gesundheit der Neugeborenen. 43 Prozent aller Schwangerschaften in Entwicklungsländern sind nicht geplant.⁴ Frühe Schwangerschaften und Komplikationen während der Schwangerschaft und der Geburt gehören zu den häufigsten Todesursachen für Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren. Die Mütter- und Säuglingssterblichkeit ist höher als bei älteren Frauen.⁵ Oft können Mädchen und Frauen nicht frei von Zwang und Gewalt über die eigene Sexualität bestimmen, auch nicht über die Frage ob, wann, mit wem und wie viele Kinder sie bekommen. Der fehlende Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen und Rechten führt außerdem dazu, dass Mädchen und Frauen sich nicht ausreichend vor

¹ WHO, 2017: „Fact sheet - Violence against Women“

² UNICEF, 2016: „Female genital mutilation/cutting - A global concern“

³ UNICEF, 2018: „New global estimates of child marriage“

⁴ UNFPA, 2017: „Weltbevölkerungsbericht 2017“

⁵ WHO, 2018: Factsheet on Adolescent pregnancy - <http://www.who.int/mediacentre/factsheets/fs364/en/>

Geschlechtskrankheiten schützen können. Daher zählt Aids ebenfalls zu einer der häufigsten Todesursachen für Mädchen und Frauen.

Ungleicher Zugang zu Bildung

Trotz erheblicher Fortschritte ist der gleiche Zugang zu Bildung für Mädchen weltweit noch nicht erreicht worden. Besonders in Subsahara-Afrika sind die Fortschritte, die seit den Millenniumszielen (MDG) gemacht wurden, gering. Soziale Normen, Früh- und Zwangsheirat, Schwangerschaft, geschlechterspezifische Gewalt in der Schule und/oder auf dem Schulweg, inadäquate sanitäre Einrichtungen sowie Konfliktsituationen versperren weltweit 130 Millionen Mädchen den Zugang zu Bildung.⁶

Ausschluss von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe

Vor allem Mädchen werden oftmals nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft betrachtet. Damit werden sie in doppelter Weise diskriminiert: aufgrund ihres Geschlechts und aufgrund ihres Alters. Ihnen wird damit nicht nur die Möglichkeit genommen, ihre Meinung frei zu äußern, sie haben auch keine Mitsprache bei Entscheidungen, die ihr eigenes Leben betreffen, weder im privaten, noch im öffentlichen Leben. In vielen Familien, Gemeinwesen sowie in Politik und Wirtschaft sind Machtpositionen fast ausschließlich von Männern besetzt.

Mangelnde Berücksichtigung auf internationaler Ebene

Auch die internationale Gemeinschaft behandelt Mädchen nicht als eigenständige demographische Gruppe. In internationalen Menschenrechtsabkommen wie der Kinderechts- und der Frauenrechtskonvention sind sie unsichtbar. Wenn Mädchen erwähnt werden, dann oft als Opfer und nicht als starke Individuen, die zu gesellschaftlichem und politischem Wandel und Entwicklung beitragen können. Hinzu kommt, dass die sogenannten Vorbehalte im internationalen Recht, also Bereiche der Verträge und Konventionen, die von den Unterzeichnerstaaten nicht umgesetzt oder für sie selbst als unwirksam erklärt werden, vor allem sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte sowie die Gleichberechtigung in der Ehe und Familie betreffen. Begründet wird dies oft durch kulturelle und/oder religiöse Werte.

Warum ist das wichtig?

Mädchen- und Frauenrechte sind Menschenrechte, festgeschrieben in internationalen Menschenrechtsverpflichtungen. Auch mit der Agenda 2030 haben sich alle UN-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, bis 2030 weltweit Gleichberechtigung zu erreichen. Im Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG) Nummer 5 ist die Gleichberechtigung als eigenständiges Ziel der Agenda 2030 verankert. Neun weitere SDGs nehmen Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit. Dies unterstreicht die Bedeutung des Themas.

Darüber hinaus sollte Gleichberechtigung eine Selbstverständlichkeit sein und dennoch gehen die Fortschritte nur langsam voran – zu langsam. Durch vielfältige und weitverbreitete Formen von Diskriminierung werden nicht nur der Hälfte der Weltbevölkerung ihre grundlegenden Menschenrechte verwehrt, sondern das große Potenzial von Mädchen und Frauen wird nicht genutzt.

Wir von Plan International sind der Überzeugung, dass Gleichberechtigung eine notwendige Voraussetzung für das Erreichen aller UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG) ist. Allein der gleichberechtigte Zugang zu Bildung senkt das Armutsrisiko, verbessert die Mütter- und Kindergesundheit, vermeidet frühe und ungewollte Schwangerschaften, bremst das Bevölkerungswachstum und fördert wirtschaftliche Entwicklung.

Alle, auch Jungen und Männer profitieren von einer gleichberechtigten Gesellschaft. Darüber hinaus, sind auch sie geschlechterspezifischen Normen und Erwartungen ausgesetzt, die sie in ihrer freien Lebensgestaltung einschränken. Deshalb sind Jungen und Männer für uns wichtige Partner, um geschlechterdiskriminierende und andere menschenverachtende Normen und Praktiken zu überwinden.

Was tut Plan International?

Alle unsere Strategien, Programme und Projekte sind gendertransformativ. Sie sollen nicht nur die Lebensbedingungen der Mädchen und Frauen im Einzelnen verbessern, sondern zielen darauf ab, auch ungleiche Machtverhältnisse zu verändern und so die gesellschaftliche Stellung von Mädchen und Frauen langfristig zu ändern. Dazu stellen wir geschlechter- und altersspezifische Normen in Frage, stärken Mädchen und Frauen, ihre Rechte selbst einzufordern und arbeiten mit ihrem Umfeld. Denn nur gemeinsam kann ein grundlegender Wandel erreicht werden.

⁶ UNESCO Institute for Statistics (UIS Stat.); Bereich „Education / Out of school children“.



Mit unserer neuen Kampagne Girls Get Equal stellen wir Mädchen und junge Frauen ins Zentrum unserer Arbeit. Das bedeutet, dass wir noch einen Schritt weiter gehen in unserem Einsatz für die Rechte von Mädchen und Frauen als bisher. Wir wollen Normen, Haltungen, Überzeugungen sowie gesellschaftliche und politische Strukturen, die Mädchen und junge Frauen davon abhalten gleichberechtigt zu sein, überwinden.

Unsere Forderungen

Geschlechtergerechtigkeit muss ein politisches und gesellschaftliches Kernanliegen sein. Daher fordern wir:

1. Eine kinder- und frauenrechtsbasierte sowie gendertransformative Umsetzung der Agenda 2030

Zentraler Bestandteil der Agenda 2030 ist das Prinzip „leave no one behind“, also niemanden zurücklassen. Daher fordern wir von Plan International, dass Strategien und Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stärker auf Mädchen-, Jungen- und Frauenrechte Bezug nehmen. Dazu gehört auch, die gezielte Förderung von Projekten, die darauf abzielen, die Ursachen geschlechterspezifischer Diskriminierung anzugehen und ungleiche Machtstrukturen zu überwinden, also gendertransformativ sind. Eine finanzielle Untermauerung des Gender Aktionsplans II (GAP II) sowie ein eigener Aktionsplan zur Förderung von Mädchen können erste Schritte sein.

2. Angemessene Finanzierung

Das Ziel der Gleichberechtigung muss auch finanziell angemessen ausgestaltet werden. Allgemein muss das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens

- ohne Anrechnung der Unterbringung von Geflüchteten im Inland - für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, endlich erreicht werden. Darüber hinaus sollte im Bundeshaushalt eine feste Zielgröße für den Anteil der Mittel, die für Vorhaben mit GG2-Kennung, das heißt Gleichberechtigung ist ihr primäres Ziel, veranschlagt werden, ausgegeben wird. Wir von Plan International fordern 200 Millionen Euro pro Jahr für GG2-Projekte. Langfristig sollte die Bundesregierung Ländern wie Kanada folgen und einen Anteil von mindestens 15 Prozent der ODA für Gleichberechtigung aufwenden.

3. Einführung von Gender Budgeting im Bundeshaushalt

Im Bundeshaushalt werden die politischen Zielsetzungen der Bundesregierung finanziell untermauert, daher ist er im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu gestalten. Gender Budgeting heißt, dass der Haushalt hinsichtlich seiner Wirkung auf die Gleichberechtigung systematisch überprüft wird. Im Rahmen von Good-Governance-Projekten fördert das BMZ bereits Gender Budgeting in Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Im Bundeshaushalt wird es jedoch nicht angewendet. Dies gilt es zu ändern. Das BMZ kann hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen.

4. Erheben von disaggregierten Daten in den Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Lücken in der Gleichberechtigung sind oftmals nur zu erkennen, wenn entsprechende Daten vorliegen. Daher ist es erforderlich, dass in Projekten disaggregierte Daten, unter anderem nach den Merkmalen Geschlecht und Alter, erhoben werden.

5. Keine Verkürzung der Förderung von Gleichberechtigung auf die Förderung der ökonomischen Kraft von Mädchen und Frauen.

Insbesondere auf der G7- und G20-Ebene wird Gleichberechtigung meist unter ökonomischen Prämissen diskutiert. Es muss aber klar und deutlich sein: Gleichberechtigung ist ein Menschenrecht und daher ein Ziel an sich und darf nicht Kosten-Nutzen-Kalkulationen unterworfen werden.



Plan International
Deutschland e.V.
Sonja Birnbaum
Leiterin Repräsentanz Berlin
Stresemannstraße 72
10963 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 22 35 27 13
Fax: +49 (0)30- / 22 35 27 14
E-Mail: sonja.birnbaum@plan.de
www.plan.de
www.facebook.com/planDeutschland
www.twitter.com/PlanGermany